

Nächster Schritt in die Staatsmedizin

Bad Segeberg, 17.12.2024 – Der Vorstand der Kassenärztlichen Vereinigung Schleswig-Holstein (KVSH) hat die heute vorgestellten Wahlprogramme von SPD und Bündnis90/Die Grünen scharf kritisiert. Die darin enthaltenen Vorstellungen zur ambulanten Gesundheitsversorgung vertreiben die Niedergelassenen aus den Praxen und schrecken den ärztlichen Nachwuchs ab.

„Die SPD verspricht vollmundig eine Termingarantie und die Grünen wollen die Sprechzeiten ausweiten. Das geht völlig an der Realität vorbei“, machte Karsten Brandstetter, der stellvertretende Vorstandsvorsitzende der KVSH deutlich. Viele Praxen seien am Limit und könnten nicht noch mehr Patientinnen und Patienten versorgen. Außerdem hätten viele Praxisinhaber mit einem zunehmenden Personalmangel zu kämpfen. „Doch anstatt die niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte zu unterstützen und Anreize zu schaffen, wollen SPD und Grüne den Praxen immer mehr Aufgaben aufbürden und Vorgaben machen. Das ist reiner Populismus und wird dazu führen, dass Ältere früher als geplant ihre Praxis schließen und Jüngere nicht mehr bereit sind, sich niederzulassen“, so Brandstetter weiter.

Niedergelassene Ärztinnen und Ärzte seien Freiberufler und keine Staatsmediziner, denen man vorschreiben könne, wie sie Termine vergeben oder ihre Patientinnen und Patienten behandeln sollen. „Rechtsanwälte oder Architekten können ja auch frei entscheiden, wie sie ihren Beruf ausüben“, ergänzte Brandstetter.

Gerade wegen der missglückten Krankenhausreform brauche es einen starken ambulanten Versorgungsbereich. Die künftige Bundesregierung müsse Anreize schaffen, indem sie endlich die Themen Entbudgetierung der Haus- und Fachärzte, Patientensteuerung, Bürokratieabbau und eine sinnvolle Digitalisierung in den Praxen anpacke.